www.arbeiterkammer.com

P.b.b., Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020. ZLN: GZ 02Z033936 M

Juli 2008 / Nr. 4 / 39. Jahrgang

AK REPORT

Magazin der Kammer für Arbeiter & Angestellte für OÖ

In dieser Ausgabe: Service-Beilage Mein Recht als Konsument!

AK plus Mit uns können Sie rechnen!

Seite 3

Gleiche Chancen für alle Kinder

Seite 5

Tipps gegen die Teuerung

Seiten 6/7

Countdown zum Abflug

Flugbegleiterinnen und Sicherheitspersonal sorgen dafür, dass Sie entspannt am Urlaubsort ankommen

Seite 10

Wege aus der Job-Sackgasse

Almosen für Pendler, Millionen für Millionäre

Eine kleine Erhöhung der Pendlerpauschale, weitere Steuergeschenke für Multimillionäre. Das ist die Reaktion der Regierung auf die extremen Preissteigerungen.

Hans Preinfalk

Die Preise laufen den Einkommen davon. Die Teuerung bei Lebensmitteln, Treibstoffen und Heizenergie ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Bei Leuten mit geringem Einkommen machen die Ausgaben für die Fahrt zum Arbeitsplatz schon bis zu 30 Prozent des Nettobezuges aus. Verschärft wird die durch Spekulation entzündete Preisexplosion bei Treibstoffen noch durch den Beimischungszwang für die umweltschädlichen Agrartreibstoffe. Die Erhöhung der Pendlerpauschale gleicht nur einen ganz kleinen Teil der Teuerung aus. Und weil sie ein Steuerabsetzbetrag ist, bringt sie überdies Kleinstverdienern/-innen, die keine Steuer zahlen, gar nichts.

Gekoppelt wurde die geringfügige Entlastung für Pendler/-innen an ein mehrere Hundertmillionen teures Steuergeschenk für Multimillionäre/-innen. Für Leute, die ihre riesigen Vermögen in so genannten Privatstiftungen lagern und auf die erzielten Erträge keine Steuern zahlen müssen. Die Politiker/-innen haben es den Reichen wieder einmal gerichtet.

Das österreichische Steuersystem ist dadurch noch ungerechter geworden als es ohnehin schon war. Eine hart arbeitende Arbeitnehmerin/Ein hart arbeitender Arbeitnehmer zahlt für jeden Euro, den sie/er über dem steuerfreien Existenzminimum von 1130 brutto im Monat verdient, sofort 38,3 Prozent Steuer, ab zirka 2600 Euro Monatsbrutto sogar 43,6 Prozent. Wenn eine Person in Österreich für das gleiche Einkommen nicht arbeitet, sondern zum Beispiel Zinsen vom ererbten Vermögen kassiert, sind nur 25 Prozent Steuern fällig. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Eine radikale Steuerreform zu Gunsten der Arbeitnehmer/-innen wird immer dringender.

hans.preinfalk@akooe.at

AK Service für Sie

Dienstags bis 19 Uhr Beratung

Überstunden nicht bezahlt bekommen, Urlaubswunsch abgelehnt, im Krankenstand gekündigt: Wenn's Ärger gibt im Job, haben Arbeitnehmer/-innen mit dem AK-Rechtsschutzteam einen starken Partner. Erreichbar ist es unter der Hotline 050/6906-1, dienstags sogar bis 19 Uhr am Abend. Die meisten Anliegen können gleich am Telefon erledigt werden. Wenn nicht, wird ein persönliches Gespräch vereinbart.

Musterbriefe fürs Reklamieren

Immer wieder kommen Konsumenten/-innen in die Situation, bei Firmen schriftlich reklamieren zu müssen. Wie aber müssen die Briefe formuliert werden, damit die Beschwerde rechtlich in Ordnung geht? Hilfe gibt es auf der AK-Homepage: Unter **www.ak-konsumenten.info** sind zu den verschiedensten Problemstellungen Musterbriefe abgespeichert. Nutzen Sie dieses Service, in Ihrem Interesse!

AK-Ermäßigung für „Zipf"

Die Tests für die V2-Rakete, die vielen Häftlingen des Konzentrationslagers Redl-Zipf den Tod brachten, sind Inhalt des Theaterstücks „Zipf", die mächtige Ruine des Kohlebrechers in Wolfsegg ist die Kulisse. Die Leistungen der Profi- und mehr als achtzig Laiendarsteller/-innen aus dem Hausruck haben das Stück schon im Vorjahr zum Erfolg geführt. Heuer wird ab 18. Juli wieder gespielt. AK-Mitglieder erhalten mit ihrer Leistungskarte vier Euro Ermäßigung. Vorverkauf bei den Sparkassen, Infos etwa über Spieltage oder Anfahrtsweg unter **www.theaterhausruck.at**.

AK REPORT
Magazin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich
Nr. 4, Juli 2008, 39. (63.) Jahrgang. Erscheint siebenmal im Jahr.
Redaktionsanschrift: Volksgartenstraße 40 (während des Umbaus Gruberstraße 40–42), 4020 Linz, Tel. 050/6906-2182, E-Mail: presse@akooe.at, Fax 0732/654546.
ZLN: GZ 02Z033936 M
Redaktion: Dominik Bittendorfer, Rainer Brunhofer, Robert Eiter, Martina Macher, Ulrike Mayr, Sabine Naderer, Kurt Neulinger (Bild), Hans Preinfalk (Leitung), Norbert Ramp, Margit Schrenk (CvD), Walter Sturm, Wolfgang Zeintlhofer (Produktion, Layout, Bild).
Fotos: KUTZLER WIMMER STÖLLINGER, Neulinger.
Medieninhaberin und Herausgeberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, 4020 Linz, Volksgartenstraße 40.
Hersteller: Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H., 4020 Linz, Anastasius-Grün-Str. 6.
Verlags- und Herstellungsort: Linz. Auflage: 547.000.

FÖRDERN STATT SELEKTIEREN

Chancen für alle Kinder

Bildungschancen hängen in Österreich stärker als in anderen Ländern von sozialen Kriterien ab. Bereits mit zehn Jahren werden die Schüler/-innen aussortiert, die vielfältigen Talente Tausender Kinder gehen verloren.

Das Bildungssystem in Österreich ist ungerecht. Nicht nur die Begabung der Schülerinnen und Schüler, sondern auch Einkommen und Bildungsniveau der Eltern bestimmen den schulischen und beruflichen Werdegang der Kinder. Bereits im Alter von zehn Jahren werden die Weichen gestellt: Je weniger die Eltern verdienen, desto eher gehen ihre Kinder in die Hauptschule, selbst wenn sie talentiert genug wären, eine höhere Schule zu besuchen. Damit sinken ihre Chancen im Leben wesentlich: weniger Bildung = weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt = weniger Einkommen.

Gemeinsame Schule für alle und individuelle Förderung führen zu besseren Leistungen der Schüler/-innen.

Spitzenreiter bei den Privatschulen

Auf dem Land spielt zusätzlich das Angebot an Schulen eine Rolle. Wer in eine höhere Schule will, muss auspendeln. Gerade in einem flächenmäßig großen Bundesland wie Oberösterreich wirkt sich das auf die Bildungschancen aus.

Frühe Selektion, mangelnde individuelle Förderung, große Entfernungen – all diese Faktoren zusammen bringen ein ernüchterndes Ergebnis: Der Anteil der AHS-Schüler/-innen ist in Oberösterreich geringer als in den meisten anderen Bundesländern. Damit liegt auch die Studierquote spürbar unter dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig ist unser Bundesland Spitzenreiter beim Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ein Privatgymnasium besuchen. Das Problem der sozialen Ungleichheit wird damit verschärft.

Wie auch die großen internationalen Bildungstests regelmäßig zeigen, lassen in Österreich nicht nur die durchschnittlichen Lernerfolge der Schüler/-innen zu wünschen übrig, auch die Spitzenleistungen bleiben weit hinter den Besten zurück. Es ist daher Zeit für eine grundlegende Reform des Bildungssystems. Als oberstes Prinzip muss die Chancengleichheit für alle Kinder gelten.

Beginnen sollte die individuelle Förderung schon im Kindergarten. Ziel ist es, Ungleichheiten vor Beginn des eigentlichen Schullebens auszugleichen. Besonderer Wert sollte auf die Behebung sprachlicher Defizite, beispielsweise bei Migrantenkindern, und die Vermittlung sozialer Kompetenzen gelegt werden. Ab der Volksschule sollen Lernschwache und sozial benachteiligte Kinder individuell unterrichtet und gefördert werden.

Die Betreuung der Schüler/-innen sollte zeitlich ausgedehnt werden. Konkret fordert die Arbeiterkammer ein flächendeckendes Angebot an ganztägigen Schulen ohne Gebührenbarrieren.

Klare Mehrheit für gemeinsame Schule

Fast alle namhaften Fachleute sind der Ansicht, dass gemeinsame Schulen bessere Lernerfolge bringen als die bei uns praktizierte frühe Selektion. Auch die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass das Niveau aller Schüler/-innen durch den gemeinsamen Unterricht steigt. In den meisten österreichischen Bundesländern wird die „Neue Mittelschule“ in den kommenden Schuljahren in so genannten Modellregionen getestet – auch in Oberösterreich. Das entspricht auch dem Willen der Bevölkerung: Fast 80 Prozent halten die gemeinsame Schule laut einer Studie des Bildungsministeriums für zumindest überlegenswert, nur zwölf Prozent sind strikt dagegen.

dominik.bittendorfer@akooe.at

SCHULVERSUCHE NUR IN LINZ

Neue Mittelschule

Die Europaschule in Linz wird ab kommendem Schuljahr als Neue Mittelschule geführt. Die Stelzhamerschule und die Rennerschule wollen ein Jahr später starten.

Zehn weitere Hauptschulen aus der Landeshauptstadt haben bereits ihr Interesse bekundet, ab 2010 ebenfalls als Neue Mittelschulen geführt zu werden. Damit wird das schulische Angebot in der Stadt Linz beinahe flächendeckend verbessert. Für die Arbeiterkammer sind diese Schulversuche ein erster Schritt in die richtige Richtung, der allerdings nicht auf Linz beschränkt bleiben sollte. Auch in den ländlichen Regionen wäre die Erprobung der Neuen Mittelschule wünschenswert.

Krank sein im Urlaub

Grippe statt Gran Canaria? Worauf Sie achten müssen, wenn Sie im Urlaub krank werden, sagt Ihnen AK-Arbeitsrechtsexpertin Mag.ª Regina Brandner.

AK-Report: Kann ein Urlaub zu einem Krankenstand werden?

Brandner: Ja, aber nur, wenn die Erkrankung länger als drei Tage dauert.

AK-Report: Heißt das, dass ich die Tage, die ich krank war, hinten wieder als Urlaub anhängen kann?

Brandner: Nein, die krankheitsbedingte Unterbrechung verlängert den Urlaub nicht. Die Tage, die Sie krank waren, werden aber zu Ihrem noch verbliebenen Urlaubsguthaben dazugerechnet.

AK-Report: Muss ich in der Firma melden, wenn ich im Urlaub krank werde?

Brandner: Ja, nach drei Tagen. Sobald man wieder in der Arbeit geht, muss auch eine Bestätigung vom Arzt vorgelegt werden.

AK-Report: Was, wenn ich im Ausland krank werde?

Brandner: Lassen Sie sich das von einem Arzt vor Ort bestätigen. Jeder Arzt im EU-Ausland müsste Ihre e-card akzeptieren. Sollten Sie dennoch gleich ein Honorar bezahlen müssen, beantragen Sie zu Hause die Rückerstattung bei Ihrer Krankenkasse. Österreich hat aber auch mit Ländern außerhalb der EU Sozialabkommen. Mit welchen, das erfahren Sie unter **www.arbeiterkammer.com** oder bei der Krankenkasse.

Lassen Sie sich mehr zum Thema erzählen!

HÖRTIPP
www.arbeiterkammer.com

AK FORDERT GERECHTE TERMINVERGABE

Wer zahlt, wird früher operiert

Eine private Zusatzversicherung verkürzt die Wartezeiten bei geplanten Hüft- und Knieoperationen. Das ist Zwei-Klassen-Medizin, sagt die Arbeiterkammer und fordert Maßnahmen für eine gerechtere Terminvergabe.

Das Institut für Höhere Studien (IHS) hat im Vorjahr eine Studie zu Wartezeiten auf geplante Operationen veröffentlicht und festgestellt: Für „normale Kassenpatienten“ ist die durchschnittliche Wartezeit bei der Hüftoperation doppelt so lang wie bei privat Versicherten, bei der Knieoperation sogar 3,5-mal so lang! Patientinnen und Patienten ohne private Zusatzversicherung – und das sind bei den Hüft- und Knieoperationen mehr als 90 Prozent – werden also massiv benachteiligt.

Ministerium sieht kein Problem

So etwas wie ein transparentes Wartezeitenmanagement gibt es nicht. Obwohl per Bundesgesetz zur Erhebung von Qualitätsdaten im Gesundheitswesen verpflichtet, bleibt das Gesundheitsministerium untätig. Eine bundesweite Erhebung zur Wartezeitenproblematik fehlt, weil es laut Ministerium keine Wartezeitenproblematik gibt. Die Ergebnisse der IHS-Studie und eigener AK-Recherchen sowie die leidvollen Erfahrungen Tausender Patientinnen und Patienten sprechen eine andere Sprache.

Zahl der Eingriffe nimmt stetig zu

In Oberösterreichs Spitälern wurden im Jahr 2007 mehr als 6000 Hüft- und Knieprothesen eingesetzt – Tendenz steigend. Bei gleichbleibenden oder sogar reduzierten Spitalskapazitäten wird sich das Wartezeitenproblem daher weiter verschärfen.

Die Arbeiterkammer fordert daher: Ein österreichweit gültiges und regional umgesetztes Wartezeitenmanagement muss Grundlage für eine gerechte Terminvergabe sein. Bei nicht akuten Operationen muss es verbindliche Maximalwartezeiten geben, die Dringlichkeit muss aufgrund transparenter, nachvollziehbarer Kriterien eingestuft werden. Für AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer steht fest: „Beim Zugang zu öffentlich finanzierten Gesundheitsleistungen darf niemand benachteiligt werden!“

martina.macher@akooe.at

Auf die Qualität medizinischer Leistungen darf eine Zusatzversicherung keinen Einfluss haben.

Foto: Weihbold

ZU IHREM VORTEIL

Newsletter

- **Online-Ratgeber**
- **Aktuelle Information**
- **Preisvergleiche & Tests**

Mit den Newsletters der AK Oberösterreich sichern Sie sich Ihren persönlichen Informationsvorsprung.

Newsletters gibt es zu den Themen Arbeit, Bildung, Konsumentenschutz, Frauen und zu aktuellen Veranstaltungen in Ihrem Wohnbezirk.

Natürlich kostenlos und jederzeit widerrufbar.

www.arbeiterkammer.com

HOHE PREISE ZUM TEIL „HAUSGEMACHT“

Surfen auf der Teuerungswelle

Nudeln um 39 Prozent teurer, Käse um 21 Prozent, Milch um 14 Prozent: Die gestiegenen Rohstoffpreise sind dafür nur zum Teil verantwortlich. Es gibt auch Trittbrettfahrer, die auf der Teuerungswelle mitsurfen.

Unbestritten ist: Die erhöhte Nachfrage nach Lebensmitteln in Ländern wie China oder Indien, die zunehmende Nutzung von Anbauflächen für Agrarenergie, aber auch Spekulationen haben die Preise für Agrarrohstoffe in die Höhe getrieben. Weizen, Futtergerste, Sojabohnen und in der Folge auch Reis wurden erheblich teurer.

Heimisches Gemüse zieht munter mit

Dennoch fragen sich viele zu Recht, was denn die Globalisierung mit dem astronomischen Preis für die Petersilwurzel eines einheimischen Gemüsebauern zu tun hat. Und warum industriell gefertigte Massenware bei Diskontern in Österreich (mehrwertsteuerbereinigt!) um bis zu 21,7 Prozent teurer ist als in Deutschland, wie die Arbeiterkammer jüngst festgestellt hat.

Notwendig sind daher wettbewerbspolitische Maßnahmen, um die hausgemachten Preissteigerungen in der Lebensmittelindustrie und im Lebensmittelhandel in Grenzen zu halten. Und vor allem eine rasche steuerlicher Entlastung der Arbeitnehmerhaushalte, die zuletzt von der guten Wirtschaftsentwicklung kaum profitiert haben.

Da diese Maßnahmen aber nicht sofort wirksam werden, haben wir eine Reihe von Tipps zusammengestellt, wie Sie Ihr Haushaltsbudget kurzfristig und nachhaltig entlasten können.

Preisschub auch bei heimischem Obst und Gemüse: Was hat die Globalisierung damit zu tun?

Sparpotenziale im Haushalt

Fast in jedem Haushalt schlummern nämlich Sparpotenziale, die es nur zu entdecken gilt.

Die Arbeiterkammer hilft ihren Mitgliedern dabei. Auf **www.ak-konsumenten.info** finden Sie:

- den Strompreisrechner, mit dessen Hilfe ein oberösterreichischer Haushalt im Durchschnitt 45 Euro pro Jahr einsparen kann,
- den Kfz-Versicherungsvergleich, der Ihnen bis zu 187 Euro im Jahr bringen kann,
- den Eurotax-Rechner zur Abfrage des Wertes eines Gebrauchtwagens
- oder die aktuellen Erhebungen der Heizöl- und Pelletspreise, wo eine Ersparnis von 105 bzw. 140 Euro drinnen ist.

martina.macher@akooe.at

WEG MIT DER FÖRDERUNG

Agrotreibstoffe

Die AK hat schon früh vor den negativen Folgen der Förderung von Agrotreibstoffen auf Lebensmittelpreise und Umwelt gewarnt. Nun wird die Front der Kritiker immer breiter. Der Wiener Umweltforscher Wilfried Winiwarter und der holländische Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen haben nachgewiesen, dass Agrotreibstoffe aus Mais und Raps sogar schädlicher für das Klima sind als Benzin und Diesel. Bei der Düngung entstehen nämlich große Mengen an Lachgas. Dieses ist als Treibhausgas 300-mal schädlicher als $C0_2$, was bisher nie berücksichtigt wurde.

Während die deutsche Regierung die Verpflichtung zur Beimengung von Agrotreibstoffen ausgesetzt hat, hält Österreichs Umweltminister Josef Pröll unbeirrt daran fest. Die AK fordert, die Förderung von Agrotreibstoffen einzustellen und das Geld in Energieeffizienz und -einsparung sowie den öffentlichen Verkehr zu investieren.

AK FÜR PATIENTEN VOR GERICHT

Eingriff missglückt

Die Patientenrechtsvertreter/-innen der Arbeiterkammer erkämpften 20.000 Euro für einen jungen Arbeitnehmer, dem nach einer schweren Handverletzung und mehreren erfolglosen Operationen das Handgelenk versteift werden musste. Der Patient vermutete einen ärztlichen Kunstfehler bei der Erstoperation und wandte sich an die Arbeiterkammer um Hilfe. Diese brachte den Fall vor die Schiedsstelle der Ärztekammer. Weil das Krankenhaus jeden Behandlungsfehler abstritt und zu keiner Entschädigungszahlung bereit war, ging die AK vor Gericht.

Im Prozess ging es vor allem darum, ob die Operationsmethode die richte Wahl und der Patient auch ausreichend über die Risiken aufgeklärt worden war.

Nach einem langen Verfahren einigte sich das Krankenhaus mit dem jungen Mann in einem Vergleich doch noch auf eine Zahlung von 20.000 Euro.

Countdown zum Abflug:
Sicherheit

Der Blue Danube Airport in Linz. Tausende starten in den nächsten Wochen von hier aus in den Urlaub. Dass sie entspannt und sicher ankommen, dafür sorgen das Sicherheitspersonal am Boden und die Flugbegleiterinnen in der Luft.

Gut betreut dienten Urla fehlt es an wie die Flug

Kurz nach 8 Uhr früh. Noch 50 Minuten bis zum Start des Charterfluges mit Tyrolean Airways auf die Ferieninsel Brac in Kroatien. Die 72 Fluggäste werden heute betreut von einem dreiköpfigen Team rund um Flugbegleiterin Petra Kaindl. Die 28-Jährige aus Baumgartenberg im Bezirk Perg ist seit acht Jahren dabei: „Stewardess ist mein Traumberuf." So geht es vielen jungen Mädchen. Was nur die wenigsten wissen: Hinter dem freundlichen Lächeln in adretter Uniform steckt weit mehr als eine „fliegende Kellnerin".

Flugbegleiterinnen sind in erster Linie für die Sicherheit an Bord zuständig. „Wir haben eine Erste-Hilfe-Ausbildung, die von der Geburtshilfe bis zum Herzinfarkt alles beinhaltet", erzählt Kaindl. „Und in regelmäßigen Notfall-Trainings und so genannten Check-Flügen üben wir alle möglichen Szenarien durch – vom Triebwerksausfall bis zur Notlandung."

Vollstes Vertrauen

Im Ernstfall wissen alle genau, was zu tun ist. „Einmal hat ein Fluggast auf dem Flughafen Tirana in Albanien die Notfalltür herausgerissen, während das Flugzeug bereits auf die Startbahn rollte", schildert Kaindl. „Wir konnten die Maschine gerade noch stoppen." Auch einen Landeanflug auf Linz mit nur einem funktionierenden Triebwerk hat die junge Stewardess bereits hinter sich: „Angst hatte ich keine, ich habe vollstes Vertrauen in unsere Piloten." Für Petra Kaindl überwiegen jedenfalls die schönen Momente in ihrem Beruf. Auf mehrtägigen Flügen ist auch immer wieder Zeit für Sightseeing oder Relaxen am Strand. Ihr Lieblingsziel: Barcelona.

8 Uhr 30. In der Kabine des Flugzeugs ist alles vorbereitet, die Crew wartet nur noch auf die Passagiere. Diese befinden sich bereits in der Abflughalle, den Sicherheits-Check haben sie hinter sich gebracht. Kontrolliert wurden sie heute von Gabriela Bachner. Sie und ihre 120 Kolleginnen und Kollegen des Sicherheitsunternehmens Group4 Securicor sind für die Personen-, Handgepäck- und Großgepäckkontrolle auf dem Flughafen Linz zuständig.

Die Nagelfeile bleibt daheim

„Wir sorgen dafür, dass nichts Verbotenes an Bord kommt", be-

geht über alles

auf dem Weg in den wohlver-aub: Den Fluggästen an Bord nichts. Dafür sorgen Menschen gbegleiterin Petra Kaindl.

Mehr Arbeit durch verschärfte Sicherheitsbestimmungen: Gabriela Bachner inspiziert das Handgepäck.

richtet Gabriela Bachner. Die 48-Jährige ist seit fünf Jahren dabei – die verschärften Sicherheitsbestimmungen im Flugverkehr haben die Anforderungen und das Arbeitspensum enorm hochgeschraubt. Für Bachner eine Herausforderung: „Die vielen zusätzlichen Auflagen und Vorschriften machen unsere Arbeit zwar schwieriger, aber auch spannender." Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat sich der Personalstand bei Group4 verdreifacht!

Bei der Kontrolle der Passagiere für den bevorstehenden Charterflug nach Kroatien gab es keine besonderen Vorkommnisse. „Außer den üblichen Gegenständen, die wir immer wieder zurückweisen müssen – wie Nagelfeilen, Messer, Scheren und Flüssigkeiten – fanden wir nichts Auffälliges. Alles okay." Den hochmodernen Röntgengeräten entgeht nichts.

Teams sind bestens eingespielt

Gabriela Bachner und ihre Kollegen/-innen sind wahre Experten/-innen auf ihrem Gebiet – sie sind auch geschult in Waffen- und Sprengstoffkunde: „Bei einem derartigen Fund wird sofort die Polizei verständigt, die dann alles weitere übernimmt. Das Wichtigste ist, Ruhe zu bewahren. Die anderen Fluggäste sollen davon so wenig wie möglich mitbekommen." Nicht umsonst sind die Teams von Group4 bestens eingespielt – oft genügt ein Blickkontakt zur Verständigung.

8 Uhr 45. Die von Gabriela Bachner „freigegebenen" Kroatien-Urlauber/-innen nehmen ihre Plätze ein. Promis sind heute keine darunter. „Wir hatten schon Ottfried Fischer, Michail Gorbatschow, Jean-Claude Van Damme und Roger Moore an Bord", erzählt Flugbegleiterin Petra Kaindl, die regelmäßig auch noch ihren ganz persönlichen Star über den Wolken betreut: „Mein Papa jettet geschäftlich viel herum. Da treffen wir uns manchmal auch im Flugzeug."

Die Sicherheit im Flugverkehr hängt stark vom Einsatz und Zusammenspiel der einzelnen Beschäftigten in dieser Branche ab. Es sind Jobs mit viel Verantwortung.

Punkt 9 Uhr. Der Urlaubsflieger ist bereit zum Abflug und rollt langsam auf die Startbahn. Dank Petra Kaindl und ihren Kolleginnen werden die Passagiere nach einer gut zweistündigen Flugzeit entspannt an ihrem Urlaubsort ankommen. Soviel ist sicher.

ulrike.mayr@akooe.at

Pendler rasch entlasten

Die Vollversammlung der AK Oberösterreich hat den Vorsitzenden des Konzernbetriebsrates der voestalpine, Hans-Karl Schaller, zum neuen Vizepräsidenten gewählt. In beiden Funktionen ist Schaller Nachfolger von Josef Kronister, der nach einer langen und erfolgreichen Karriere als Gewerkschafter und AK-Funktionär in Pension geht.

Als Voestler liegen dem neuen AK-Vizepräsidenten die Pendler/-innen besonders am Herzen. Er fordert die rasche Umwandlung der Pendlerpauschale in eine entfernungsabhängige Direktzahlung. „Jetzt ist sie ein Steuerfreibetrag. Arbeitnehmer, die so wenig verdienen, dass sie keine Lohnsteuer zahlen, haben gar nichts davon. Und auch der Betrag muss angesichts der enorm gestiegenen Spritpreise deutlich erhöht werden, so dass er mindestens ein Drittel der Fahrtkosten zur Arbeit deckt“, argumentiert Schaller.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist Schaller die Wohnbaupolitik in Linz, wo er auch als Gemeinderat tätig ist. „Viele müssen pendeln, weil sie in Linz keine passende Wohnung finden. Leistbares Wohnen würde nicht nur diesen Menschen helfen, sondern auch den Verkehr reduzieren.“

Warten auf den Bus: Hans-Karl Schaller (rechts) mit den Voest-Beschäftigten Stefanie Stellnberger und Gerhard Wimberger.

Kurz & bündig

Schulartikel-Liste vor den Ferien

Gedränge vor den Kassen, riesige Preisunterschiede: Wer die benötigten Schulartikel zu Schulbeginn im Herbst kauft, braucht Nerven und eine gut gefüllte Geldtasche. Dieses Ergebnis liefern alljährlich die Testkäufe der AK-Konsumentenberater/-innen. Allerdings bleibt den meisten Eltern bzw. Schülern/-innen auch gar nichts anderes übrig, als Hefte, Zirkel und Buntstifte zu diesem Zeitpunkt zu besorgen. Sie bekommen die Liste der notwendigen Artikel erst am ersten oder zweiten Schultag. Die AK fordert daher die Schulen auf, die Schulartikel-Liste den Eltern bereits zu Schulschluss auszuhändigen. So bleiben zwei Monate Zeit für Produkt- und Preisvergleiche.

Andreas Stangl neu im Vorstand

Der 39-jährige Andreas Stangl hat im AK-Vorstand Walter Platzer abgelöst, der in Pension gegangen ist und daher seine Funktionen nach jahrelanger engagierter Tätigkeit zurückgelegt hat. Stangl hat in der AMAG Ranshofen Dreher gelernt, wechselte dann aber hauptberuflich zur Gewerkschaftsjugend Braunau. 1994 kam er zur Gewerkschaft der Privatangestellten Oberösterreich, deren Regionalgeschäftsführer er heute ist. Stangl wohnt in Leonding, ist verheiratet und Vater eines Sohnes.

AK-Erfolg bei Autowrackbörse

Bei Totalschäden übernimmt die Versicherung nicht die Reparatur, sondern zahlt jenen Betrag aus, der sich aus Zeitwert abzüglich Wrackwert ergibt. Dieser Wrackwert wird in letzter Zeit allerdings stark in die Höhe getrieben. Die Unfallautos werden nämlich auf der so genannten Wrackbörse – einer Internetplattform von Versicherungen – offeriert, Händler/-innen aus dem In- und Ausland können Angebote legen. Das Höchstgebot wird dann als Wrackwert herangezogen. Die AK-Konsumentenberater/-innen halten diese Vorgangsweise für unzulässig. Eine Rechtsmeinung, der sich nun das Oberlandesgericht Innsbruck in einem Urteil angeschlossen hat. Die AK wird an der Sache dran bleiben.

Frauen im Beruf: Info über Rechte

Berufstätig und vielleicht auch noch Mutter: Da bleibt wenig Zeit, sich über Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht auf dem Laufenden zu halten. Doch nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch einfordern. Daher hat die AK die wichtigsten Tipps speziell für berufstätige Frauen in einer Broschüre zusammengefasst. Erhältlich ist sie unter 050/6906-2194.

Wellness und Sightseeing

Unschlagbar günstig ist das Angebot des Jugendherbergsverbandes für ein Wellness- und Sightseeing-Wochenende in Bad Ischl. Zwei Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im Jugendgästehaus, ein Tageseintritt in die neu gestaltete Kaisertherme sowie eine Führung durch Bad Ischl gibt es um nur 65 Euro pro Erwachsenem, Kinder zahlen weniger – Parkplatz und Ortstaxe sind bereits inkludiert. Ein Obstkorb und Mineralwasser am Zimmer unterstreichen die Gesundheitsnote dieses Pakets.

Infos und Buchung unter **www.jugendherbergsverband.at** oder direkt im Jugendgästehaus unter der Telefonnummer 06132/26577.

GEDENKEN AN 1848, 1918, 1938 UND 1968

Jahre der Entscheidungen

Geschichte ist verstaubt und uninteressant, meinen viele. Dabei haben die vier Ereignisse, an die das Gedenkjahr 2008 erinnert, ganz entscheidend die Weichen dafür gestellt, wie wir leben und welche Freiheiten wir genießen.

Am 23. August 1848 gehen kaiserliche Truppen im Wiener Prater gegen die aufständische Arbeiterschaft vor.

Während der Habsburgermonarchie erhoben sich 1848 die unterdrückten Ungarn und Italiener, das Besitzbürgertum, das eine Verfassung forderte, die grunduntertänige Bauernschaft und die ausgebeutete Arbeiterschaft. Doch nach einigen Monaten wurde die Revolution blutig niedergeschlagen. Das Besitzbürgertum hatte sich zurückgezogen, weil es die aufständische Arbeiterschaft mehr fürchtete als die Rückkehr zu den alten Verhältnissen.

Nachwirkungen bis heute

Trotzdem wirkt 1848 bis heute nach: Die Bauern wurden – wenn auch gegen hohe Entschädigungen – von ihren Grundherrn befreit. Außerdem wurden die Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften und Handelskammern (heute Wirtschaftskammern) geschaffen.

1918 endete der Erste Weltkrieg, den die Habsburger begonnen hatten, mit einer totalen Niederlage. Die Monarchie zerfiel in mehrere Staaten. Das verbliebene deutschsprachige Österreich rief die Republik aus und gab sich eine moderne demokratische Verfassung. Die Arbeiterbewegung konnte vieles durchsetzen, darunter das Frauenwahlrecht und die Arbeiterkammern.

1938 schlug Österreichs dunkelste Stunde: Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßte den „Anschluss“ an Hitler-Deutschland, nachdem die Austrofaschisten schon 1933/34 die Demokratie beseitigt und das krisengeschüttelte Land tief gespalten hatten. Die Nationalsozialisten errichteten eine mörderische Schreckensherrschaft und brachen den Zweiten Weltkrieg vom Zaun. 1945 befreiten die siegreichen Alliierten Österreich und stellten den demokratischen Rechtsstaat wieder her.

Demokratische Mitbestimmung

1968 griff die internationale Jugendrebellion auch auf Österreich über. Obwohl die 68er-Bewegung hierzulande nicht sehr stark war, brach sie doch viele autoritäre Verhältnisse auf. So wurden die Beziehungen zwischen Frauen und Männern offener. Und in einige Lebensbereiche – etwa die Schule – zogen Formen der demokratischen Mitbestimmung ein.

robert.eiter@akooe.at

BETRIEBSRAT BEI WALTHER-GLAS SETZT AKZENTE

Mehr Arbeitssicherheit

Die Beschäftigten der ehemaligen Braunauer Inn-Crystal haben schon einiges mitgemacht. Nach der Insolvenz hat der neue Eigentümer Walther-Glas neue Zuversicht gebracht. Auch Unfallvermeidung wird heute wieder großgeschrieben. Angestellten-Betriebsrat Ernst Baumann hat ein Projekt zur Verbesserung der Arbeitssicherheit gestartet. „Es hat damals immer öfter Verletzungen gegeben, bei den Beschäftigten in der Glasschmelze hat man erhöhte Blut-Bleiwerte festgestellt. Die Kollegen haben mir damals erzählt, dass sie aus Zeitmangel und Stress schon einmal auf die Schutzkleidung verzichten.“

Arbeitsunfälle zurückgegangen

Als der damalige Eigentümer in die Pleite schlitterte, machte sich Angst um den Arbeitsplatz breit. Arbeitssicherheit war kein Thema mehr. Der neue Eigentümer unterstützte das Projekt aber weiter. Es wurden Gefahrenstellen dokumentiert und Verhaltensregeln für die Mitarbeiter/-innen erarbeitet. Auf die Schulung der Sicherheitsvertrauenspersonen wird nun verstärkt Wert gelegt. „Ein erster Erfolg zeigt sich bereits. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist zurückgegangen“, freut sich Baumann.

Schutz vor teuren SMS

Bei der Konsumenteninformation der Arbeiterkammer beschweren sich immer mehr Menschen über so genannte „Mehrwert-SMS“. Diese meist unbestellten Kurznachrichten bringen den Handybesitzern/-innen kaum einen Mehrwert, wohl aber Kosten. Die Arbeiterkammer fordert den zuständigen Minister auf, die Verordnung für Mehrwertdienste zu verschärfen. Nicht bestellte „Mehrwert-SMS“ sollen auch nicht verrechnet werden dürfen, und Handys sollen beim Kauf grundsätzlich für diese Art von Kurznachrichten gesperrt sein.

QUALIFIZIERUNG MUSS BREITER WERDEN

Mehr Chancen im Berufsleben

Die Konjunktur ist gut, trotzdem finden viele Arbeitslose keinen Job. Eine breite Ausbildung und maßgeschneiderte Kurse können den Jobwechsel erleichtern oder vor der beruflichen Sackgasse bewahren.

Eine Studie der AK Oberösterreich hat ergeben, dass rund 15 Prozent der Arbeitslosen den Beruf wechseln müssten, um das Ungleichgewicht zwischen freien Stellen auf der einen und arbeitslosen Menschen auf der anderen Seite auszugleichen.

Individuelle Schulungen

Der wirtschaftliche Strukturwandel in Oberösterreich bringt es mit sich, dass bestimmte Berufe an Bedeutung verlieren und die Nachfrage in anderen Bereichen steigt oder sogar neue Berufe entstehen. Die nötige Qualifikation dafür, die manchen Arbeitsuchenden fehlt, kann in speziell angepassten Kursen und Schulungen „nachgerüstet“ werden.

Katrin Peirleitner und Andreas Lumetsberger erhalten in der Voest eine Ausbildung mit Zukunft.

Den oberösterreichischen Arbeitskräften bescheinigt die AK-Studie hohe Flexibilität und Fortbildungsfreudigkeit. Damit möglichst viele Qualifizierungswillige ihre Talente und Neigungen im Beruf auch umsetzen können, müsste mehr Geld in die aktive Arbeitsmarktpolitik fließen, fordert die AK. Außerdem soll der Druck auf bildungswillige Arbeitsuchende, statt einer Qualifizierung eine Hilfstätigkeit anzunehmen, verringert werden. Weil sich zudem viele Arbeitsuchende lange Schulungen gar nicht leisten können, verlangt die AK einen Qualifizierungsaufschlag zum Arbeitslosengeld.

Eine Lehre, mehrere Berufe

Von vornherein gute Perspektiven für einen gelungenen Berufseinstieg versprechen modular aufgebaute Lehrberufe, wie zum Beispiel beim Gas-, Wasser-, Heizungstechniker. Ein Grundmodul vermittelt die Basiskenntnisse gleich mehrerer verwandter Lehrberufe (Flächenberufe), weitere Module die berufsspezifischen Fertigkeiten. Problematisch sind nämlich Ausbildungen, die nur für die Arbeit in einem bestimmten Betrieb qualifizieren wie z.B. Systemgastronom bei Fast-Food-Ketten. Mit einer derart einseitigen Ausbildung ist ein Jobwechsel kaum möglich.

Silvia Reisinger
presse@akooe.at

Unfaire Jobsperre

Eine Konkurrenzklausel im Arbeitsvertrag ermöglicht es Unternehmen, die Erwerbstätigkeit von Beschäftigten nach ihrem Ausscheiden zu beschränken. Die Ex-Mitarbeiter/-innen dürfen dann bis zu einem Jahr nicht im selben Geschäftszweig arbeiten. Allerdings nur, wenn das Monatsentgelt mehr als 2227 Euro betragen hat und das berufliche Fortkommen nicht unbillig erschwert wird. Die Konkurrenzklausel gilt nicht bei Arbeitgeberkündigung. Weil die Klausel eine unfaire Belastung darstellt, fordert die AK ihre Abschaffung.

AK KLAGT FÜR BENACHTEILIGTE

Pensionserhöhung

Pensionistinnen und Pensionisten mit einer ASVG-Pension unter 747 Euro, die aufgrund der Anrechnung eines Partner- oder sonstigen Einkommens bzw. von Unterhaltszahlungen keine Ausgleichzulage bekommen, haben am 1. Jänner 2008 nur 1,7 Prozent Pensionserhöhung bekommen. Höhere Pensionen wurden hingegen um bis zu 2,9 Prozent angehoben.

Die AK Oberösterreich hat das scharf kritisiert und nun erste Klagen gegen die ungerechte Pensionsanpassung eingebracht. Sie hält die Regelung wegen der Ungleichbehandlung der sozial Schwächsten für verfassungswidrig. Weil vorwiegend Frauen betroffen sind, werden nach Auffassung der AK auch Antidiskriminierungsbestimmungen der EU verletzt. So sah das auch ein Linzer Gericht und entschied in einem ersten Urteil zu Gunsten einer betroffenen Pensionistin. Das Verfahren geht nun in die zweite Instanz.

Die AK Oberösterreich gewährt allen betroffenen Oberösterreichern/-innen kostenlosen Rechtsschutz. Persönliche Beratung gibt es in der AK Linz und in allen Bezirksstellen.

MÖBELHAUS KIKA LINZ-URFAHR

Betriebsrat neu gegründet

Zwei Versuche, einen Betriebsrat bei Kika Linz-Urfahr zu gründen, hat es schon zuvor gegeben. Beim dritten Anlauf war es endlich soweit: 150 Beschäftigte des Möbelhauses wählten ihre Belegschaftsvertretung.

Mit Andreas Auer wurde ein Kollege zum Vorsitzenden des neuen Betriebsrates gewählt, der das Unternehmen in- und auswendig kennt. Immerhin arbeitet Andreas Auer schon seit 18 Jahren bei Kika Linz-Urfahr. „Ich habe damals als Tischler begonnen, war später als Dekorateur tätig, kam in den Verkauf und wurde schließlich Abteilungsleiter für den Bereich Küchen“, erzählt er. Seit 1. Mai 2008 ist er als Betriebsratsvorsitzender freigestellt. Er kann sich somit voll seinen Aufgaben als Vertreter der Beschäftigten widmen.

Die Betriebsräte Andreas Auer (links) und Helmut Huber mit Kollegin Brigitta Ghazwini.

Mit Unterstützung der Gewerkschaft

„Ohne die große Unterstützung der Gewerkschaft der Privatangestellten hätte es auch beim dritten Anlauf keine Betriebsratswahl gegeben“, ist Andreas Auer überzeugt. Er hat auch die beiden vergeblichen Versuche miterlebt und ist froh, dass es nun endlich geklappt hat: „Schon als die vorbereitende Betriebsversammlung einberufen wurde, wurde die Geschäftsleitung unruhig. Diesmal aber hat es die Belegschaft durchgezogen.“ Dem Betriebsrat gehören noch Christine Hraback als stellvertretende Vorsitzende, Bernhard Falkner, Helmut Huber und Markus Lehner an. „Die Gründung und die Wahl waren nur der erste Schritt für uns. Die Bedürfnisse und Wünsche der Kolleginnen und Kollegen haben wir jetzt aufgenommen und formuliert. Der nächste Schritt sind umfassende Gespräche mit der Geschäftsführung“, kündigt Auer an.

Ein Erfolg ist jedenfalls schon zu verbuchen: Die Zusammenarbeit mit der Betriebsärztin wurde verstärkt. Mehr und regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen der Beschäftigten finden bereits statt. Andreas Auer ist überzeugt, dass sich die Arbeit des Betriebsrates bei Kika Linz-Urfahr positiv für die Beschäftigten auswirken wird. „Wir sind jedenfalls bestens motiviert“, sagt er.

rainer.brunhofer@akooe.at

OFT MIT VORSICHT ZU GENIESSEN

Wasser aus Brunnen

Die AK hat in Gemeinden der Traun-Enns-Platte das Wasser von Hausbrunnen auf Nitrat geprüft. 37 Prozent der Proben lagen unter 26 mg/l, 49 Prozent zwischen 26 und dem gesetzlich zulässigen Grenzwert von 50 mg/l, 14 Prozent lagen darüber. Zur Verdeutlichung: Die Weltgesundheitsorganisation rät, Babynahrung nicht mit Wasser zuzubereiten, das mehr als 10 mg/l Nitrat aufweist.

Der Test hat wieder gezeigt, dass in landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen Brunnenwasser oft mit Vorsicht zu genießen ist. Die hohen Förderungen an landwirtschaftliche Betriebe für umweltgerechtes Bewirtschaften ändern daran anscheinend nichts. Die Gelder müssen daher an messbare Verbesserungen der Wasserqualität gebunden werden, fordert die AK. Außerdem sollten Siedlungsbewohner/-innen, die auf Hausbrunnen angewiesen sind, regelmäßige Wasseruntersuchungen bezahlt bekommen.

KRAFTFAHRER PAUSCHAL ENTLOHNT

Geld vorenthalten

Lkw-Fahrer/-innen pauschal nach Touren zu entlohnen, ist verboten. Denn das würde sie dazu ermuntern, möglichst schnell zu fahren sowie Verkehrs- und Ruhezeitenvorschriften zu missachten.

Den Chef eines Linzer Kraftfahrers kümmerte diese Bestimmung wenig, er bezahlte seinen Mitarbeiter trotzdem pauschal. Dem Fahrer entgingen so Überstundenzuschläge und Diäten. Selbst als die Arbeiterkammer einschritt und den Transportunternehmer aufforderte, korrekt nach Arbeitszeit abzurechnen, lenkte dieser nicht ein. Im Gegenteil: Er behauptete, die Arbeitszeitaufzeichnungen seines Fahrers seien falsch. Dieser hätte den Lkw für Privatfahrten benutzt und überlange Pausen eingelegt. Die Vorwürfe gingen aber ins Leere, wie das von der AK eingeschaltete Gericht feststellte. Der Transporteur musste seinem Fahrer 3500 Euro netto nachzahlen.

AK-Bildungsangebote:

Für jeden etwas

AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer: „*Wir unterstützen Ihr persönliches und berufliches Weiterkommen mit Förderungen und Beratung.*“

Bei ausgewählten Kursen können Sie mit dem AK-Bildungsbonus bis zu 100 Euro sparen.

Der AK-Bildungsbonus ist nur ein Beispiel für die zahlreichen Service- und Informationsangebote, die die AK Oberösterreich im Bereich Bildung zu bieten hat.

Mit dem Bildungsbonus unterstützt die AK Oberösterreich ihre rund 550.000 Mitglieder bei der Weiterbildung. Bis zu 100 Euro lassen sich so pro Kursjahr bei rund 8000 ausgewählten Kursen beim Berufsförderungsinstitut (BFI), der Volkshochschule (VHS) und beim Wirtschaftsförderungsinstitut (Wifi) sparen. Beim BFI und bei der VHS erhalten AK-Mitglieder mit ihrer Leistungskarte zusätzlich zehn Prozent Ermäßigung für alle Kurse.

Wer sich generell einen Überblick über Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten verschaffen möchte, ist bei der AK ebenfalls gut aufgehoben. Persönlich, am Telefon, per E-Mail oder mit Internet-Angeboten unterstützen die Bildungsberater/-innen Interessierte unter anderem bei der Bildungs- und Berufswahl und informieren über Bildungsförderungen oder Ausbildungswege.

Brandneu ist das AK-Karriere-Coaching, das Ihre ganz persönlichen Stärken ans Licht bringt. Dieses kostenlose Test- und Beratungsangebot unterstützt Erwachsene, die sich beruflich verändern wollen.

Die AK-Leistungskarte: Ihr Trumpf bei der Weiterbildung

Mit der AK-Leistungskarte können Sie auch bei Ihrer Weiterbildung bares Geld sparen: Sie erhalten zehn Prozent Ermäßigung auf alle Kurse von VHS und BFI.
Sonst noch Fragen zur Bildung? Wir beantworten sie gerne:
Telefon 050/6906-1601
E-Mail **bildungsinfo@akooe.at**

P.b.b., Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz. ZLN: GZ 02Z033936 M

www.arbeiterkammer.com

WASSERLEITUNGEN UND KLÄRANLAGEN

Volles Rohr bei der Arbeit

Die Firma Meisl in Grein beschäftigt derzeit 73 Leute, Tendenz leicht steigend. Weil mehr Arbeitnehmer auch mehr Platz brauchen und der schön langsam knapp wird, übersiedelt der Betrieb bald in ein größeres Gebäude.

Das beste Rezept gegen Fachkräftemangel heißt Lehrausbildung. Bei der Firma Meisl in Grein wird dieses Rezept seit langem praktiziert. Jedes Jahr werden zwei Lehrlinge aufgenommen, ausgebildet und zumeist übernommen: Nur sechs der 45 Arbeiter haben nicht im Unternehmen gelernt. Darum wächst der Mitarbeiterstand langsam, aber kontinuierlich an. Derzeit arbeiten 73 Leute bei Meisl.

Aufgrund des Wachstums sind die Produktionshallen zu klein geworden. Darum wird momentan unweit des jetzigen Firmengeländes neu gebaut. Anfang 2009 sollte der Umzug erfolgen. Arbeiterbetriebsrat Josef Kamleitner freut sich schon darauf: „Die neue Werkstatt wird doppelt so groß sein wie die alte."

Viel Platz brauchen die Arbeiter vor allem für die riesigen Edelstahlkonstruktionen, die sie in Grein produzieren und in ganz Österreich und darüber hinaus montieren: Wasserleitungen, Kläranlagen, Pumpstationen, Heizungen. Ob die Löschwasserleitungen im Tunnel Bindermichl, die Pumpstation am Dachstein oder die Wasserversorgung der Stadt Dornbirn – überall waren Arbeiter der Firma Meisl im Einsatz.

In luftiger Höhe: Auf einer hängenden Leiter balancierend montiert Josef Hinterreiter eine Brückenleitung.

„Viele Aufträge bekommen wir, weil wir als kleine Firma flexibler sind als andere", erklärt Josef Kamleitner. Obwohl die Arbeit hart und sehr stark wetterabhängig ist, ortet der Arbeiterbetriebsrat eine hohe Zufriedenheit in der Belegschaft.

Neue Arbeitszeit gut angenommen

„Die Stimmung ist gut, wir haben keine gröberen Reibereien und das Verhältnis zum Chef ist in Ordnung", umreißt er das Arbeitsklima in der Firma. Gut angekommen ist die neue Arbeitszeit, die der Betriebsrat vor zwei Jahren ausgehandelt hat. Wie in den meisten Baufirmen wird jetzt auch bei Meisl „kurz-lang" gearbeitet: Montag bis Donnerstag jeweils neun Stunden, dafür ist jeder zweite Freitag frei.

dominik.bittendorfer@akooe.at

BEZIRKSSEKRETÄRIN INGRID GROISS

Die Neue beim ÖGB

Seit 1. Juni ist beim ÖGB in Rohrbach eine neue Bezirkssekretärin am Werk. Die in Aigen/Schlägl geborene Ingrid Groiss arbeitete zuvor 23 Jahre lang bei der Firma Kopp in Aigen. Dort war sie zuletzt Betriebsratsvorsitzende. Ihr größter Erfolg ist, dort die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern durchgesetzt zu haben. Dem Thema Gleichstellung will sich Groiss auch in ihrer neuen Arbeit widmen: „Dass Frauen immer noch weniger bezahlt bekommen, ist nicht einzusehen." Sie fordert, dass alle Rohrbacher Betriebe den Frauen dasselbe zahlen wie den männlichen Kollegen.

Zu ihren Aufgaben zählen die Betreuung und Unterstützung der Betriebsrätinnen und Betriebsräte im Bezirk Rohrbach sowie die Werbung neuer Mitglieder für die Gewerkschaftsbewegung. Erreichbar ist Ingrid Groiss im ÖGB-Büro in Rohrbach unter 07289/22465-4150 und **rohrbach@oegb.at**.

LAUFEND ZU WENIG LOHN ERHALTEN

Geld für Friseurin

Seit fast 28 Jahren arbeitet eine Friseurin schon beim selben Arbeitgeber – Lehrzeit inklusive. In letzter Zeit musste sie dabei viel Geduld beweisen. Löhne und Sonderzahlungen wurden ihr nur noch in Teilbeträgen ausbezahlt. Trotz mehrmaliger Aufforderungen blieb ihr der Chef beträchtliche Summen schuldig. Als sie nicht mehr weiter wusste, wandte sich die Frau an die Arbeiterkammer Rohrbach. Sie stellte allerdings klar, dass sie keinen Konfrontationskurs mit der Firma wolle, um ihren Arbeitsplatz nicht aufs Spiel zu setzen.

Die AK versuchte daher, eine Einigung mit dem Friseursalon herbeizuführen. Ausgemacht wurde, dass die Arbeitnehmerin ihr Geld in Ratenzahlungen bekommen sollte. Nach zwei neuerlichen Interventionen der AK und fast einem Jahr des Wartens hatte die Frau schließlich das ganze Geld, 13.000 Euro, auf dem Konto.

Dass ein Betriebsrat auch in vergleichsweise kleinen Unternehmen sinnvoll ist, zeigt die SPS-Industrie-Elektrik GmbH in Braunau. Die rund 20 Beschäftigten haben schon vor Jahren ihre Vertretung gewählt.

SPS-ELEKTRIK IN BRAUNAU

Auf der ganzen Welt unterwegs

Ein Betriebsrat bringt's. „Bei Problemen zwischen Geschäftsführung und einem Beschäftigten braucht es manchmal einen Dritten, der zur Lösung beiträgt. Das ist auch in einem kleinen Unternehmen so", ist sich Betriebsrat Norbert Aigner sicher. Er setzt sich seit Herbst 2004 gemeinsam mit Betriebsratsvorsitzendem Peter Moritzer für die Anliegen der Beschäftigten ein.

Das Elektro-Unternehmen ist eine junge Firma, sie wurde erst vor 16 Jahren gegründet. Jung sind auch die meisten Beschäftigten, obwohl einige schon seit Beginn dabei sind. Der Betrieb bildet auch aus, jedes Jahr werden zwei Lehrlinge aufgenommen. Die Mitarbeiter sind Spezialisten für computergesteuerte Elektro-Schaltanlagen für Industriebetriebe. „Wir bieten unseren Kunden alles: von der Planung bis zur Inbetriebnahme. Und wir sind auf der ganzen Welt unterwegs – im Nahen Osten, aber auch in Japan oder China", erzählt Peter Moritzer. Er ist vor wenigen Wochen von einem Einsatz aus Japan zurückgekommen.

Die Betriebsräte Peter Moritzer (links) und Norbert Aigner (rechts) mit ihrem Kollegen Roland Feichtenschlager.

Das Gesprächsklima zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat ist bei SPS in Ordnung, sagt Moritzer: „Unsere zwei Geschäftsführer sind selbst Techniker. Die verstehen was von der Arbeit."

Bezahlung über Kollektivvertrag

Für die Arbeiter im Unternehmen gilt der Kollektivvertrag für das Metallgewerbe: „Der ist zwar nicht so gut wie der für die Industrie. Wir werden aber alle über Kollektivvertrag bezahlt", erzählt der Betriebsratsvorsitzende. Dafür wird auch einiges verlangt. Wie zuletzt etwa in der AMAG in Braunau, als ein elektrischer Defekt die Produktion bedroht hat. „Da heißt es für uns Feuerwehr spielen und schnell eingreifen. Einen Maschinenstillstand können sich unsere Kunden nicht leisten", sagt Moritzer.

norbert.ramp@akooe.at

6000 EURO OFFENES GEHALT

Unterentlohnt

Ein EDV-Unternehmer aus dem Bezirk Ried wollte sich offenbar auf Kosten einer Arbeitnehmerin bereichern. Die Frau war mehr als ein Jahr lang als Buchhalterin beschäftigt gewesen. Allerdings zu einem Stundenlohn von neun Euro und nur für höchstens 15 Arbeitsstunden pro Woche. Im Herbst 2005 wurde die Frau überraschend gekündigt. Sie wandte sich an die Experten der Arbeiterkammer Ried um Hilfe. Diese stellten fest, dass die Frau fristwidrig gekündigt und unter Kollektivvertrag bezahlt worden war. Zudem hatte sie während eines Krankenstands keine Entgeltfortzahlung erhalten. Insgesamt beliefen sich die offenen Ansprüche der Frau gegenüber dem Unternehmen auf mehrere tausend Euro. Erst angesichts einer Klage beim Arbeits- und Sozialgericht war das Unternehmen bereit, rund 6000 Euro an die Frau zu zahlen. Dazu kamen noch Gerichtskosten.

FIRMA WOLLTE NICHT ZAHLEN

Warten auf Geld

Eine Arbeitnehmerin aus dem Bezirk Braunau war bei einer Spedition in Deutschland als Fahrerin beschäftigt. Auf Wunsch des Unternehmens wechselte sie vor vier Jahren in die österreichische Niederlassung. Trotz mehrmaliger Nachfrage erhielt sie dabei keinen Dienstzettel ausgestellt, für Arbeitszeit und Diäten wurde mündlich eine Pauschale vereinbart. Bei der ersten Auszahlung musste die Frau allerdings feststellen, dass ihr viel Geld vorenthalten worden war. Sie forderte das fehlende Geld schriftlich ein. Das Unternehmen erkannte zwar die Forderung an, zahlte aber wieder nicht.

Mit Hilfe der Rechtsexperten der Arbeiterkammer Braunau brachte die Fahrerin Klage ein.

Vor Gericht musste sich die Firma endlich bereit erklären zu zahlen. Die Frau bekam rund 4200 Euro – allerdings mit mehreren Monaten Verspätung.

FRAMAG IN FRANKENBURG

Spezialisten für Fundamente

Die rund 120 Beschäftigten des Frankenburger Anlagenbauers sind Spezialisten für wirklich schwere Dinge: Sie bauen unter anderem extrem stabile Fundamente für Industriemaschinen. Exportiert wird weltweit.

Unsere Fundamente stehen in vielen Fabriken, sie fangen auch die stärksten Schwingungen und Vibrationen ab. So bauen wie wir, das können andere nicht“, ist Betriebsratsvorsitzender Josef Pochmann stolz auf die Arbeit seiner Kollegen. Die Fundamente, ein Verbund aus Stahl und Beton, sind zwar nur wenige Meter lang und breit, dafür aber schwer: „Die wiegen bis zu 60 Tonnen, wir müssen jedes Mal mit einem Sondertransport ausliefern. Dafür sind die Fundamente sehr stabil.“ Das Know-how dafür hat die Firma selbst entwickelt.

Männer für schwere Fälle: Die Betriebsräte Josef Pochmann und Otmar Stiegler mit Lehrling Pascal Patsch (von links).

Die Frankenburger Maschinen- und Apparatebau GmbH, kurz Framag, ist ein ehemaliges Tochterunternehmen der Lenzing AG. Mitte der 90er-Jahre haben es seine Manager übernommen. Produziert wurde in Frankenburg schon einiges, unter anderem Laternen aus Schmiedeeisen oder Häcksler für die Gartenarbeit. Heute konzentriert sich das Unternehmen auf die Spezialfundamente sowie Bergwerk- und Sägetechnik. Die Auftragsbücher sind voll, das Unternehmen ist auf der Suche nach Fachkräften. „Wir bilden aber auch aus. Jedes Jahr nehmen wir zwei Lehrlinge auf“, sagt Otmar Stiegler, wie Pochmann im Betriebsrat, „es könnten aber ruhig mehr sein.“ In Forschung und Entwicklung arbeitet das Unternehmen mit Technikern/-innen der Universitäten in Graz und München zusammen.

Weiterbildung wird gefördert

Aber auch die Weiterbildung der Arbeiter wird bei Framag nicht vernachlässigt. „Kollegen können sich zu Spezialisten ausbilden lassen“, sagt Betriebsrat Pochmann. Bei Framag kann man aber auch die große weite Welt kennen lernen. „Ich bin gerade aus Nordspanien zurückgekommen. 14 Wochen war ich dort. Im Herbst steht die nächste Montage an. Wo genau, weiß ich noch nicht“, erzählt Betriebsrat Pochmann.

norbert.ramp@akooe.at

DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VIDA

Offene Türen

Früher war dieses Büro nur für die Eisenbahner da, heute sind bei uns auch Beschäftigte von Speditionen oder aus dem Gastgewerbe willkommen. Wir helfen bei Problemen am Arbeitsplatz auf jeden Fall weiter“, sagt Peter Groiß von der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida, die im Bahnhof Attnang-Puchheim zu erreichen ist. Vida entstand vor zwei Jahren aus dem Zusammenschluss der Gewerkschaft der Eisenbahner, der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr und der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönliche Dienste. Sie ist Ansprechpartner für die Arbeitnehmer/-innen aus den Dienstleistungs- und Verkehrsbranchen. „Gerade bei Speditionen oder im Gastgewerbe werden die Rechte der Beschäftigten oft mit Füßen getreten, es liegt vieles im Argen. Ein Grund mehr für eine starke Gewerkschaft“, sagt Gewerkschafter Groiß.

LEHRLING MUSSTE ZU LANG ARBEITEN

Gesetzwidrig

Ihre Lehrzeit in einer Tankstelle im Bezirk Gmunden wird eine junge Frau wohl nie vergessen. Sie hatte im Jahr 2005 dort eine Ausbildung zur kaufmännischen Angestellten begonnen. Von Beginn an musste sie auch an Sonn- und Feiertagen arbeiten – obwohl das für Lehrlinge ausdrücklich verboten ist. Darüber hinaus betrug die wöchentliche Arbeitszeit 40 statt 38,5 Stunden – ein weiterer Rechtsbruch. Die Lehrlingsabteilung der AK forderte die Unternehmerin mehrmals auf, diese Praxis abzustellen, es änderte sich allerdings nichts.

Die junge Frau schloss ihre Lehre ab. Nach Ende der Beschäftigung machte sie aber mit Hilfe der Arbeiterkammer Gmunden ihre Ansprüche für die geleisteten Überstunden gerichtlich geltend. Die AK erreichte einen Zahlungsbefehl: Die Unternehmerin musste der jungen Frau die offenen 4500 Euro nachzahlen.

Die neue Firma med&tex GmbH in Wels reinigt Wäsche aus Krankenhäusern. Der Betriebsrat steht vor einer Reihe von Herausforderungen: Es gibt unterschiedliche Lohnniveaus, die Beschäftigten kämpfen mit Hitze und Arbeitsdruck.

TÄGLICH ZEHN TONNEN SCHMUTZWÄSCHE

Heiße Jobs bei med&tex

Vor einem Dreivierteljahr hat med&tex in einem großen Neubau auf dem Gelände des Welser Klinikums den Betrieb aufgenommen. Seither sorgen gut 60 Leute dafür, dass pro Arbeitstag zehn Tonnen Krankenhauswäsche gereinigt und gebügelt werden: vom Leintuch bis zur Arzthose. med&tex wurde von den Orden der Kreuzschwestern und der Elisabethinen gegründet. Rund die Hälfte der Beschäftigten kommt aus der früheren Wäscherei im Welser Klinikum, einige Mitarbeiter/-innen sind vom Krankenhaus der Elisabethinen in Linz dazugestoßen. Die restlichen Arbeitsplätze wurden neu geschaffen.

Die Betriebsrätinnen Margit Jungreithmeier (Mitte) und Friederike Bergmann mit Robert Länglaher.

Zum Teil unter 1000 Euro netto

Der im Jänner gewählte Betriebsrat – es sind vier Frauen – ist mit unterschiedlichen Lohnniveaus konfrontiert. „Wer vorher im Klinikum oder bei den Elisabethinen war, ist eins zu eins übernommen worden“, berichtet Vorsitzende Margit Jungreithmeier. „Aber die Neuen kriegen für dieselbe Arbeit deutlich weniger, zum Teil unter 1000 Euro netto.“ Für den Betriebsrat kein Dauerzustand: „Fairerweise sollen die Löhne schrittweise angeglichen werden“, nennt Jungreithmeiers Stellvertreterin Friederike Bergmann das Ziel.

Laut Geschäftsführer Mag. Johannes Moshammer ist med&tex bisher wirtschaftlich „im Plan“. „Mit ihm ist gut reden“, loben Jungreithmeier und Bergmann den Geschäftsführer. Gut so, denn Probleme gibt es genug zu lösen.

„Es ist zu heiß hier und der Arbeitsdruck ist zu groß“, sagt die Arbeiterin Gerda Oberleitner. „Ja, wir brauchen mehr Leute“, bestätigt Dariusz Babic. „Im Sommer wird der Hitzestau unerträglich“, fürchtet sein Kollege Robert Länglaher.

„Bei der Hosenpresse wird wegen der saunaähnlichen Temperaturen schon ein eigener Abzug eingebaut“, stellt Jungreithmeier fest. „Aber gegen die Hitze muss noch viel mehr getan werden. Und auch mehr Personal ist notwendig.“

robert.eiter@akooe.at

BRP ROTAX VERLOR PROZESS

Grundlos entlassen

Das Betriebsklima beim Gunskirchner Motorenerzeuger BRP Rotax hat sich in letzter Zeit deutlich verschlechtert. So wurde ein Werkzeugmaschineur, der rund zehn Jahre in der Firma war, plötzlich entlassen. Anlass: Er hatte sich nach einem Arztbesuch telefonisch krank gemeldet. Nach Meinung des Arbeitgebers hätte er aber schon vorher anrufen müssen. Der Arbeitnehmer – er wohnt im Bezirk Eferding – wandte sich an die dortige Arbeiterkammer. Diese bewertete die Entlassung als ungerechtfertigt und machte Ansprüche von gut 21.000 Euro geltend. Weil BRP Rotax nicht zahlen wollte, ging die AK zum Arbeitsgericht Wels. Dort wurde dem Entlassenen der gesamte eingeklagte Betrag zuerkannt.

Rotax-Betriebsrat Josef Madlmayr hofft, dass der Arbeitgeber aus diesem Urteil lernt: „Wir lassen sicher nicht zu, dass die Belegschaft schikaniert wird!“

GASTRONOM ZAHLTE KEINEN CENT

Kellnerin geprellt

Kaum zu glauben ist, wie manche Unternehmer/-innen mit ihren Beschäftigten umspringen. Beispielsweise die Pension Brunner in Stadl-Paura. Dort war eine Frau drei Wochen lang als Kellnerin tätig. Sie sah keinen einzigen Cent: Weder zahlte der Arbeitgeber den Lohn, noch entschädigte er sie für 49 Kilometer, die sie in seinem Auftrag mit dem Privatauto gefahren war.

Die verzweifelte Frau ging zur AK Wels. Auf ein Schreiben reagierte der Gastronom nicht. Deshalb klagte die Arbeiterkammer und erreichte letztlich, dass die Kellnerin jene 1053 Euro bekam, die ihr zustanden.

In einem ähnlichen Fall blieb die Pension Brunner einer Arbeitnehmerin 735 Euro schuldig. Auch hier musste die AK die Ansprüche vor Gericht durchsetzen.

Die Pension ist inzwischen eingestellt: Diese Art der Geschäftsführung scheint sich nicht zu bewähren.

LANDESKRANKENHAUS STEYR

Preisgekrönte Großküche

In der Krankenhausküche in Steyr stellen 72 Beschäftige täglich drei Mahlzeiten für 750 Patienten/-innen und 500 Mittagessen für Mitarbeiter/-innen und Gäste her. Für die herausragende Qualität erhielten sie jetzt einen Preis.

Kühlräume so groß wie Wohnzimmer, Fließbänder und chromblitzende Kochtöpfe wie für Riesen: Kochen im Landeskrankenhaus (LKH) Steyr ist eine enorme logistische Herausforderung. Die 72 Mitarbeiter/-innen arbeiten in Produktion, Einkauf und Service, reinigen das Geschirr oder sind Experten/-innen für Diät. Zusammen bewältigen sie ihre komplexe Aufgabe mit Bravour.

Stolz auf das Küchenteam: Köchin Eva Riener (links), Küchenchefin Adelheid Hackl und Betriebsrat Ernst Buchner.

Top-Belegschaft und Trend zu Bio

Bei einem Test aller elf Landeskrankenhaus-Küchen erzielte jene des LKH Steyr ein Spitzenergebnis und wurde mit drei „Kesseln“ ausgezeichnet. „Wir versuchen im Einkauf bei jedem Produkt den ökologischen Fußabdruck zu eruieren und kaufen möglichst viele biologische und regionale Produkte“, sagt Küchenchefin und Diätexpertin Adelheid Hackl. Die hohe Produktqualität, vorbildhafte Hygiene sowie topmotivierte und -ausgebildete Mitarbeiter/-innen haben zur Auszeichnung geführt. Beim Neubau vor zwei Jahren wurde die Küche mit modernster Technik ausgestattet. Der belastende Schichtdienst konnte dabei abgeschafft und durch eine Normalarbeitszeit und einen Frühdienst ersetzt werden. Beim monatlich erstellten Dienstplan werden nach Möglichkeit alle Arbeits- und Freizeitwünsche der Mitarbeiter/-innen berücksichtigt, die diese zuvor in eine Liste eintragen können. Das trägt wesentlich zur Arbeitszufriedenheit bei.

„Die Belastungen sind dennoch sehr hoch“, sagt Arbeiterbetriebsrat Ernst Buchner und verweist darauf, dass die Zahl der Essen trotz Personalabbau gestiegen ist.

Hoffnungen setzt Buchner auf das Projekt „Krankenstände vermeiden – Arbeitszufriedenheit erhöhen“. In der Reinigung werden schon „Gesundheitszirkel“ erprobt, die Vorschläge zur Belastungsreduzierung erarbeiten sollen. Wenn sich das Modell bewährt, soll es auch in der Küche zur Anwendung kommen.

walter.sturm@akooe.at

Monatelang kein Lohn

Zweieinhalb Monate hatte ein Arbeiter aus Kremsmünster von seinem Arbeitgeber, einer Gerüstebaufirma aus Bad Hall, außer geringfügiger Barbeträge keinen Lohn erhalten. Dann wurde er fristwidrig gekündigt. Außerdem erhielt er einen Lohnzettel, aus dem hervorging, dass er bei einer ihm unbekannten Wiener Baufirma angemeldet war. Diese ging noch dazu bald darauf in Konkurs. Erst nach Intervention der Arbeiterkammer Kirchdorf lenkte die Bad Haller Firma ein und zahlte dem Mann den ausstehenden Lohn, insgesamt 3325 Euro.

BILDER UND SKULPTUREN IN AK UND BFI STEYR

ÖGB-Kunstgruppe „Art 64“

Mit einer spektakulären Ausstellung in den Gängen der Arbeiterkammer und des BFI Steyr gibt die ÖGB-Kunstgruppe „Art 64“ ein kräftiges Lebenszeichen von sich. Die ausgestellten Arbeiten sind im ganzen Haus verteilt und können kostenlos besichtigt werden: großflächige Akte und Schüttbilder, abstrakte und gegenständliche Malereien in Acryl und Öl sowie Skulpturen aus Metall, Holz und aus Tetra-Packungen (!).

Die Steyrer ÖGB-Kunstgruppe, die sich in Anlehnung an ihr Gründungsjahr „Art 64“ nennt, hat sich zur bedeutendsten und innovativsten Gruppe künstlerisch tätiger Arbeitnehmer/-innen in Österreich entwickelt. Ihr bildnerisches Schaffen ist zwar hochprofessionell, die meisten Mitglieder haben aber einen ganz normalen Beruf. Obmann Andreas Ostermann, der in der Ausstellung mit herausragenden Arbeiten vertreten ist, arbeitet zum Beispiel als Organisationsentwickler bei BMW.

Zu sehen ist die Ausstellung von „Art 64“ zu den Öffnungszeiten von AK und BFI Steyr bis 30. September 2008.

Akt von Andreas Ostermann.